

BUNDESSOZIALGERICHT



Beschluss in dem Rechtsstreit

Az: B 5 R 340/08 B

L 14 R 342/06 (LSG Nordrhein-Westfalen)
S 22 R 138/05 (SG Düsseldorf)

..... ,

Klägerin und Beschwerdeführerin,

Prozessbevollmächtigte:

.....,

g e g e n

Deutsche Rentenversicherung Rheinland,
Königsallee 71, 40215 Düsseldorf,

Beklagte und Beschwerdegegnerin.

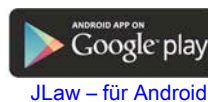
Der 5. Senat des Bundessozialgerichts hat am 28. April 2009 durch den
Vorsitzenden Richter Dr. D r e h e r , den Richter Dr. N e u h a u s
und die Richterin Dr. G ü n n i k e r
beschlossen:

Die Beschwerde der Klägerin gegen die Nichtzulassung der Revision im Urteil
des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen vom 30. Mai 2008 wird als
unzulässig verworfen.

Die Beteiligten haben einander für das Beschwerdeverfahren keine Kosten
zu erstatten.



JLaw – Gesetze und Urteile
Kostenlos
Über 200 Gesetze
Über 100.000 Urteile
[\(mobile App\)](#)



Gründe :

- 1 Mit Urteil vom 30.5.2008 hat das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen (LSG) einen Anspruch der Klägerin auf Gewährung von Regelaltersrente auf Grund der von ihr geltend gemachten Arbeitszeiten im Ghetto Czenstochau in der Zeit von April 1941 bis September 1942 verneint.
- 2 Gegen die Nichtzulassung der Revision in diesem Urteil hat die Klägerin beim Bundessozialgericht (BSG) Beschwerde eingelegt. Sie rügt das Vorliegen von Verfahrensfehlern iS von § 160 Abs 2 Nr 3 Sozialgerichtsgesetz (SGG).
- 3 Die Beschwerde der Klägerin ist unzulässig. Die Begründung genügt nicht den gesetzlichen Anforderungen, weil die geltend gemachten Zulassungsgründe nicht ordnungsgemäß bezeichnet worden sind (vgl § 160a Abs 2 Satz 3 SGG).
- 4 Wird eine Nichtzulassungsbeschwerde darauf gestützt, dass ein Verfahrensmangel vorliege, auf dem die angefochtene Entscheidung beruhen könne (§ 160 Abs 2 Nr 3 SGG), so müssen bei der Bezeichnung des Verfahrensmangels (§ 160a Abs 2 Satz 3 SGG) zunächst die den Verfahrensmangel (vermeintlich) begründenden Tatsachen substantiiert dargetan werden. Darüber hinaus ist die Darlegung erforderlich, dass und warum die Entscheidung des LSG ausgehend von dessen materieller Rechtsansicht auf dem Mangel beruhen kann, dass also die Möglichkeit einer Beeinflussung des Urteils besteht. Gemäß § 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG kann der geltend gemachte Verfahrensmangel allerdings nicht auf eine Verletzung der §§ 109 und 128 Abs 1 Satz 1 SGG und auf eine Verletzung des § 103 SGG nur gestützt werden, wenn er sich auf einen Beweisantrag bezieht, dem das LSG ohne hinreichende Begründung nicht gefolgt ist (vgl BSG SozR 4-1500 § 160a Nr 3 RdNr 4 mwN).
- 5 Die Klägerin rügt, das Berufungsgericht sei ihrem Antrag, sie persönlich zu hören, ohne hinreichende Begründung nicht nachgekommen. Der Vorsitzende des Berufungsgerichts hätte ihr persönliches Erscheinen zur Aufklärung des Sachverhalts anordnen müssen. Auch wenn dem sozialgerichtlichen Verfahren eine Parteivernehmung fremd sei, sei dennoch anerkannt, dass das persönliche Beteiligteenvorbringen eine wichtige Erkenntnisquelle darstelle und richterlich umfassend zu würdigen sei. Deshalb sei die Erörterung mit den Beteiligten ein Mittel der Sachaufklärung. Auch wenn der Antrag auf persönliche Anhörung nicht als Beweisantrag im eigentlichen Sinne gewertet werden könne, müsse ein solcher Antrag einem Beweisantrag gleichgestellt werden. Durch die Zurückweisung eines solchen Antrags ohne ausreichende Begründung verletze daher das Tatsachengericht seine aus § 103 SGG folgende Sachaufklärungspflicht. Gleichzeitig sei in der Zurückweisung eines solchen Antrags eine Verletzung des rechtlichen Gehörs nach § 62 SGG zu sehen. Effektiver Rechtsschutz verlange für Holocaustopfer im Alter der Klägerin, dass nicht nur die Möglichkeit zum Erscheinen vor Gericht,



sondern auch die dafür notwendigen Kosten vorab sichergestellt würden, sodass es auf eine Terminsverlegung oder ein Erscheinen ihrer Bevollmächtigten im Verhandlungstermin nicht ankomme.

- 6 Mit diesem Vorbringen hat die Klägerin einen Verfahrensmangel nicht ausreichend dargelegt. Dabei fasst der Senat die in der bisherigen Rechtsprechung (*vgl. beispielsweise BSG vom 22.9.2008 - B 5 R 104/08 B - nicht veröffentlicht; BSG vom 14.10.2008 - B 13 R 407/08 B*) aufgestellten Voraussetzungen für eine zulässige Verfahrensrüge der unterlassenen persönlichen Anhörung wie folgt zusammen: Soweit es wie im vorliegenden Fall der Klägerin um den Nachweis oder die Glaubhaftmachung von Tatsachen geht, kann von den Voraussetzungen der Sachaufklärungsrüge nach § 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG nicht abgesehen werden, weil die darin liegende gesetzliche Wertung nicht umgangen werden darf. Mangels Bezugnahme auf die Vorschriften der Zivilprozessordnung (ZPO) über die Parteivernehmung in § 118 Abs 1 SGG sind die dort angeordneten Einschränkungen nicht anwendbar (*insbesondere § 445 Abs 1, § 447 ZPO*). Wegen der Nähe zur Gehörsrüge ist jedoch darzulegen, dass der betroffene Beteiligte mit den üblichen Mitteln - also insbesondere schriftlich durch seinen Prozessbevollmächtigten - alles unternommen hat, um seine Darstellung des Sachverhalts dem Gericht nahezubringen, und warum die Möglichkeiten des schriftlichen und mündlichen Vortrags im konkreten Fall nicht ausreichen, um der Sachaufklärungspflicht Genüge zu tun. Die aufgeführten Kriterien stimmen mit denjenigen überein, aufgrund derer eine Pflicht des Vorsitzenden in Betracht zu ziehen ist, das persönliche Erscheinen des Beteiligten anzuordnen, sodass diesem in der bisherigen Rechtsprechung ebenfalls erwogenen Gesichtspunkt neben der Sachaufklärungsrüge keine eigene Bedeutung zukommt (*zum Ganzen BSG vom 14.4.2009 - B 5 R 206/08 B - mwN, zur Veröffentlichung bestimmt*).
- 7 Den daraus sich ergebenden Darlegungserfordernissen genügen die Ausführungen in der Beschwerdebegründung nicht.
- 8 Wird mit einer Nichtzulassungsbeschwerde die Verletzung der tatrichterlichen Sachaufklärungspflicht (§ 103 SGG) gerügt, muss die Beschwerdebegründung folgende Punkte enthalten: (1) Bezeichnung eines für das Revisionsgericht ohne weiteres auffindbaren Beweisantrags, dem das LSG nicht gefolgt ist, (2) Wiedergabe der Rechtsauffassung des LSG, auf Grund deren bestimmte Tatfragen als klärungsbedürftig hätten erscheinen müssen, (3) Darlegung der von dem betreffenden Beweisantrag berührten Tatumstände, die zu weiterer Sachaufklärung Anlass gegeben hätten, (4) Angabe des voraussichtlichen Ergebnisses der unterbliebenen Beweisaufnahme und (5) Schilderung, dass und warum die Entscheidung des LSG auf der angeblich fehlerhaft unterlassenen Beweisaufnahme beruhen kann, das LSG mithin bei Kenntnis des behaupteten Ergebnisses der unterlassenen Beweisaufnahme von seinem Rechtsstandpunkt aus zu einem anderen, dem Beschwerdeführer günstigeren Ergebnis hätte gelangen können



(BSG SozR 4-1500 § 160a Nr 3 RdNr 5 mwN). Diesen Erfordernissen wird die Beschwerdebegründung nicht gerecht.

- 9 Die Klägerin hat nicht dargelegt, dass sie ihren Antrag auf persönliche Anhörung in der Berufungsbegründung vom 20.11.2007 bis zuletzt aufrechterhalten habe. Der - ordnungsgemäße - Beweisantrag hat im sozialgerichtlichen Verfahren Warnfunktion und will der Tatsacheninstanz vor der Entscheidung vor Augen führen, dass der Antragsteller die gerichtliche Aufklärungspflicht noch nicht als erfüllt ansieht. Wird ein Beweisantrag in einem vorbereitenden Schriftsatz gestellt, so ist er dann nicht iS von § 160 Abs 2 Nr 3 Halbsatz 2 SGG übergangen worden, wenn aus den näheren Umständen zu entnehmen ist, dass er bis zum Schluss des Berufungsverfahrens nicht mehr weiterverfolgt wurde (vgl hierzu BSG SozR 3-1500 § 160 Nr 35 mwN). Hierzu hat die Klägerin nichts vorgetragen.
- 10 Ihrem Vorbringen ist zwar zu entnehmen, dass sie mit ihrer Berufung ua vorgebracht habe, das Berufungsgericht müsse sie persönlich anhören, wenn es an ihren tatsächlichen Angaben Zweifel hege. Die Klägerin hat aber nicht dargelegt, diesen im vorbereitenden Verfahren gestellten Antrag bis zum Abschluss der mündlichen Verhandlung aufrechterhalten zu haben. In der Beschwerdebegründung wird vielmehr ausgeführt, dass im Termin zur mündlichen Verhandlung für die Klägerin niemand, auch nicht ihre Bevollmächtigte erschienen ist. Bei einem unentschuldigtem Fernbleiben eines rechtskundig vertretenen Beteiligten im abschließenden Verhandlungstermin ist grundsätzlich davon auszugehen, dass auf zuvor angekündigte Beweisanträge verzichtet werden sollte, wenn ordnungsgemäß zum Termin geladen worden ist. Bei einem Ausbleiben eines Beteiligten im Verhandlungstermin darf das Gericht davon ausgehen, dass aus der Sicht dieses Beteiligten weitere Beweiserhebungen nicht mehr zur Klärung der Sach- und Rechtslage beitragen und die zuvor angekündigten Beweisanträge als erledigt betrachtet werden können (BSG SozR 3-1500 § 160 Nr 35). Wenn mit der Beschwerdebegründung vorgebracht wird, die Bevollmächtigte der Klägerin habe urlaubsbedingt den Termin nicht wahrnehmen können, so fehlen Darlegungen dazu, dass sie ihre Verhinderung dem LSG rechtzeitig angezeigt und um eine Verlegung des Termins gebeten habe.
- 11 Außerdem hat die Klägerin nicht dargelegt, selbst alles getan zu haben, um dem Gericht ihre Darstellung des Sachverhalts nahezubringen. Wie die Klägerin in der Beschwerdebegründung angibt, ist zum Termin der mündlichen Verhandlung niemand, also auch nicht ihre Bevollmächtigte erschienen. Darauf komme es jedoch nicht an, weil sich die Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör bereits daraus ergebe, dass das LSG unterlassen habe, die Übernahme der für ihr persönliches Erscheinen erforderlichen Kosten sicherzustellen; bei Holo-caustopfern im Alter der Klägerin werde nur eine vorherige Kostenzusage dem Anspruch auf effektiven Rechtsschutz gerecht. Dieser Vortrag ergibt schon deshalb keinen Verfahrensfehler, weil nicht dargelegt wird, dass die Klägerin spätestens in Reaktion auf die Terminsmitteilung im Berufungsverfahren dem LSG gegenüber die Gründe dafür genannt habe, warum sie sich zu



dem streitigen Sachverhalt nicht im vorbereitenden schriftlichen Verfahren oder in der mündlichen Verhandlung durch ihre Prozessbevollmächtigte einlassen konnte und warum ein effektiver Rechtsschutz nur durch eine persönliche Anhörung mit vorheriger Kostenzusage sicherzustellen sei. Entsprechende Hinweise an das LSG erübrigen sich auch dann nicht, wenn im Rahmen eines Rechtsstreits um Ghetto-Beitragszeiten vor allem über die Glaubwürdigkeit des klägerischen Vortrags zu befinden ist.

- 12 Von einer weiteren Begründung wird abgesehen, da sie nicht geeignet wäre, zur Klärung der Voraussetzungen der Revisionszulassung beizutragen (§ 160a Abs 4 Satz 2 SGG).
- 13 Die nicht formgerecht begründete Beschwerde ist gemäß § 160a Abs 4 Satz 1 Halbsatz 2 iVm § 169 SGG durch Beschluss ohne Zuziehung der ehrenamtlichen Richter zu verwerfen.
- 14 Die Kostenentscheidung beruht auf entsprechender Anwendung des § 193 Abs 1 SGG.

